

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Zielgerichtete Migrationspolitik

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Insbesondere seit 2004 ist ein massiver Bevölkerungsanstieg und prozentual immer höherer Ausländeranteil zu verzeichnen. Umso verständlicher ist das erfolgreiche Wahlergebnis der Masseneinwanderungsinitiative. Es ist höchste Zeit, die Zuwanderung nun eigenständig steuern zu können. Denn die Schlagzeilen vor wenigen Tagen zeigten alarmierend: Tatsächlich strömten über 80000 Einwanderer 2013 in die Schweiz: Im Oktober wanderten 11791 Personen mehr in die Schweiz ein als auswanderten. Bereits heute ist klar: Unser Land ist in diesem einen Jahr erneut um die Stadt Luzern gewachsen; wie wir immer gewarnt haben. In derselben Zeit stiegen die Bruttoschulden der Stadt Zürich massiv an. Umso besorgniserregender sind die Ausführungen der Stadtregierung zu den Bevölkerungsprognosen anlässlich der BZO-Revision. Nochmals rund 30000 bis 50000 Personen sollen bis 2030 hier Platz finden. Wenn Rot-Grün nun plötzlich billigere Wohnungen für Familien, Lehrstellen für alle, mehr Grünräume, weniger Autos fordert, so ist dies ein klarer Widerspruch.

Die Städte, insbesondere das Wirtschaftszentrum Zürich, sind vom Bevölkerungswachstum besonders betroffen. Dies, da die meisten Unternehmen auch weiterhin ihre Fachleute aus der ganzen Welt frei nach ihren Marktdürfnissen auswählen. Natürlich braucht die Wirtschaft Fachkräfte, aber man vergisst auch oft, dass viele Schweizer aufgrund der zunehmenden Konkurrenz aus dem EU-Raum um ihre Stelle bangen. Ausserdem will man nun noch Asylzentren nach Zürich holen. Dabei sind die möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürger nachhaltig bekannt. Ich hatte auf ein freundliches Angebot des AOZ reagiert und kürzlich das neue Asylheim im Sonnenberg besichtigt. Diese private Führung war sehr interessant, doch die Bedenken der Anwohner erscheinen mir nun umso verständlicher. Man hat den Quartierbewohnern leider tatsächlich kein rechtliches Gehör gegeben, da nie eine Informationsveranstaltung stattgefunden hat. Auch bestehen in diesem privilegierten Quartier in vielen Neubauten nun massive Leerstände, wie ich von verschiedenen Verwaltungen weiss.

Eines steht fest: Die SVP hat in ihrem nationalen und städtischen Wahlprogramm umsetzbare Forderungen zu diesen wichtigen Themen benannt und nach wie vor eine sehr breite Abstützung in der Schweizer Bevölkerung. Wir setzen uns insbesondere für die Kernthemen Sicherheit, Ausländer- und Finanzpolitik nachhaltig und zielorientiert ein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Bekanntgabe der Herkunft von Täterinnen und Tätern bei Straftaten

Mit einem Postulat sollte erreicht werden, dass die städtischen Behörden bei ihren Informationen über Straftaten verpflichtet werden, analog zur Praxis der Staatsanwaltschaft, die Herkunft von Täterinnen und Tätern bekannt zu geben.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die Postulanten Kurt Hüsey (SVP) und Roland Scheck (SVP) verlangen deshalb eine Aufschlüsselung bei Straftaten nach schweizerischen Staatsangehörigen, eingebürgerten schweizerischen Staatsangehörigen unter Angabe des Herkunftslands und ausländischen Personen unter Angabe des Herkunftslands und der Aufenthaltskategorie. Sie begründen ihre Forderung damit, dass über 50 Prozent aller Straftaten in der Schweiz auf das Konto von Ausländern gehen.

Fehlinformationen

In Polizeimeldungen heisst es regelmässig, dass der Täter Schweizer ist. Wird recherchiert, dann stellt sich oft heraus, dass der Straftäter einen Migrationshintergrund hat und eingebürgert wurde. Diesen Umstand

sehen die Postulanten als Fehlinformation. Die Bürger haben ein Recht darauf, richtig informiert zu werden, da sie mit ihren Steuern und den Versicherungsprämien für Schäden von Straftätern aufkommen müssen.

Absurde Rassismuskwürfe

Obwohl die Postulanten ihr Anliegen im Gemeinderat sachlich dargestellt haben, haben die Linken sofort ihre Mottenkiste ausgepackt und in gewohnter Manier mit unbegründeten Rassismuskwürfen um sich geworfen. Jeder, der es wagt, von ihrer Ideologie der Gleichheit der Menschen abzuweichen, wird sofort als Rassist angesehen und beschimpft, was wenig mit der von ihnen gepredigten Toleranz zu tun hat. Also Wasser predigen und Wein trinken? Oder handelt es sich dabei gar um Projektionen im Sinne des Psychoanalytikers Sigmund Freud? «Projektion ist das Verfolgen eigener Wünsche in anderen.» Übertragen da die Linken womöglich ihre eigenen Gefühle auf ihre politischen Gegner?

Man kann politisch geteilter Meinung darüber sein, ob die von den Postulanten vorgeschlagenen Massnahmen zielführend in der Bekämpfung der Kriminalität sind und sachlich darüber diskutieren. Eine sachliche Diskussion haben die Linken im Gemeinderat verhindert, sodass es dann nicht erstaunt, dass das Postulat mit grosser Mehrheit abgelehnt worden ist. Aber was für andere Möglichkeiten gibt es noch, um Kriminalität zu bekämpfen? Anhand eines Beispiels, wo das Bild eines Kriminellen publiziert wird, um einen Wiedererkennungseffekt in der Bevölkerung zu fördern, möchte ich das darlegen.

Kriminalität bekämpfen

So werden, gemäss Lagebericht 2013 des Nachrichtendienstes des Bundes, bei der verbotenen Spionagetätigkeit in der Schweiz, eine besondere Form der Kriminalität, da sie in vielen Fällen von fremden Staaten und grossen internationalen Unternehmen ausgeht, einerseits die Forschungstätigkeit an Schweizer Hochschulen und Kompetenzzentren systematisch ausgekundschaftet. Dabei handelt es sich um verbotene Wirtschaftsspionage, deren Zweck es ist, das geistige Eigentum anderer zu stehlen und sich so einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Andererseits werden auch Personen, deren politische Meinung nicht allgemein akzeptiert ist, ausspioniert, was gegen das Prinzip der Meinungsäusserungsfreiheit verstösst. Dass in der Regel nicht ethische Ziele im Vordergrund von solchen Spionagetätigkeiten stehen, versteht sich von selbst.

Um die illegale Spionagetätigkeit in der Schweiz konsequent bekämpfen zu können, braucht es eine gut funktionierende Spionageabwehr durch den Bund. Zudem sollen Agenten, die dringend verdächtigt werden, illegale Spionagetätigkeiten in der Schweiz zu tätigen, international mit Bild zur Fahndung ausgeschrieben werden. Dazu sollen Beispiele aus Italien und Deutschland im Zusammenhang mit Entführungen durch die CIA dienen. Von überführten Agenten sollen ebenfalls Bilder veröffentlicht werden. Das Veröffentlichen einer Fotoaufnahme, auf der das Gesicht eines Agenten gut sichtbar ist, kommt für den Betroffenen einem Berufsverbot gleich. Dieser Umstand soll gezielt genutzt werden, um die illegalen Spionagetätigkeiten in der Schweiz effektiv einzuschränken. Eine Ausweisung eines Agenten, wie sie heute vorwiegend praktiziert wird, genügt dafür nicht.

Volksinitiative
«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
Es diskutieren:

Pro	Contra
 Natalie Rickli Nationalrätin SVP	 Gregor Rutz Nationalrat SVP
 Daniel Jositsch Nationalrat SP	 Daniel Vischer Nationalrat Grüne

Leitung: René Zeller, stv. Chefredaktor «Neue Zürcher Zeitung»
Dienstag, 15. April 2014, 20.00 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich (Pavillon)

SVP SP GRÜNE

VOLKSABSTIMMUNG VOM 18. MAI 2014

Ja zur städtischen Vorlage

In der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 haben die Stimmberechtigten der Stadt Zürich zu einer städtischen Vorlage Stellung zu nehmen, nämlich zum Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons.

ZB. Planung und Realisierung von neuen Schulhäusern nehmen immer mehrere Jahre in Anspruch. Um die rasch wachsende Anzahl von Schülern in der Stadt Zürich unterbringen und unterrichten zu können, kommen erprobte Pavillons vom Typ «Züri-Modular» zum Einsatz. Damit die Pavillon-Projekte nicht mehr einzeln im Gemeinderat behandelt werden müssen, hat der Gemeinderat einen bis 2020 gültigen Rahmenkredit beschlossen. Innerhalb dieses Rahmens

kann der Stadtrat die notwendigen Pavillon-Einzelprojekte selbständig umsetzen.

In der Beratung konnte auf Antrag der SVP-Gemeinderats-Fraktion der ursprüngliche Kreditantrag von 55 auf 50 Mio. Franken gekürzt werden. Die Fraktion stimmte deshalb dem 50 Mio.-Franken-Kredit zu. Diesem Antrag folgte die SVP-Geschäftsleitung. Der Vorstand der SVP Stadt Zürich hat nun ebenfalls die Ja-Parole beschlossen.

LESERBRIEF

Mogelpackung Gegenvorschlag «medizinische Grundversorgung»

Über 200000 Bürger haben die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» unterschrieben, damit es auch in Zukunft genügend Hausärzte gibt. Die Initianten haben nun jedoch die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen, weil ihnen offenbar höhere Hausarzttarife versprochen wurden, die bei den Fachärzten eingespart werden sollen, was nicht unbedingt zum Vorteil des Patienten ist. Der am 18. Mai allein zur Abstimmung kommende direkte Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» ist nicht mehr im Sinne der Unterzeichner. Der Gegenvorschlag ist eine Mogelpackung, mit der die «medizinische Grundversorgung» und nicht die Hausärzte gestärkt werden sollen. Bei dem wohltonenden, aber uns fremden Konzept der «medizinischen Grundversorgung» ist der Hausarzt nicht mehr die erste Anlaufstelle für die Behandlung von Krankheiten und Unfällen, wie in der von den 200000 Bürgern unterschriebenen Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» vorgesehen war. Beim Konzept der «medizinischen Grundversorgung» handelt es sich um ein altes

WHO-Modell, das in den 1970er Jahren für Entwicklungsländer («Barfussärzte»-Modell) propagiert wurde. Darin ist vorgesehen, dass anstelle des Hausarztes der Patient in erster Linie von billigeren Nicht-ärzten (Krankenschwestern, Ernährungsberater, Podologen usw.) «behandelt» werden soll. Der Gegenvorschlag bringt zudem die Gefahr des zentralistischen Eingriffs in die Kantonsautonomie, weil die bisherigen Kompetenzen der Kantone zum Bund verlagert werden können. Dass die SVP wegen den Gripen-Kampflugzeugen und der Mindestlohninitiative keine «aktive» Nein-Kampagne führen kann, ist verständlich. Trotzdem muss der Gegenvorschlag mit allen möglichen Mitteln bekämpft werden, weil er einen radikalen Wandel und eine massive Verschlechterung unseres bewährten Gesundheitssystems mit sich bringen würde und einen gefährlichen Angriff auf die Kantonsautonomie darstellt. Der zentralistische Gegenvorschlag ist zudem unnötig, weil die Kantone die Hausärzte in eigener Initiative fördern können.

Peter Aebbersold, Zürich

Einladung zur Parteiversammlung SVP Stadt Winterthur

Mittwoch, 16. April 2014, 20.00 Uhr
im Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, 8408 Winterthur

Traktanden

- Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
- Kommunale Abstimmungen
 - Informatik-Projekt «Zweites Rechenzentrum» / GR Chantal Leupi
- Kantonale Abstimmungen
 - Kirchensteuerinitiative / KR René Isler
 - Initiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen» / KR Yves Senn
- Eidgenössische Abstimmungen / NR Natalie Rickli
 - Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»
 - Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
 - Mindestlohn-Initiative
 - Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen
- Protokoll der Parteiversammlung vom 23. Oktober 2013 / GR Pascal Rüttsche
- Verschiedenes / Umfrage

Veranstaltungshinweis

Öffentliche Veranstaltung der SVP Winterthur:
Bundesrat Ueli Maurer spricht zur Gripen-Abstimmung.
Am 15. April 2014, 19.30 Uhr,
in der MZA Teuchelweiher, Winterthur.

